



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

09/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

EuGH: Asylverfahrenszuständigkeit bei nachgeborenen Kindern, deren Eltern bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden ist	4
EMN-Inform: Sekundärmigration von international Schutzberechtigten	5

Aus der Rechtsprechung

VG Berlin / Irak: Familienflüchtlingsschutz bei wirksamer Ehe und nichtiger Scheidung	7
VG Gelsenkirchen / Irak: Rechtmäßiger Widerruf für Christen aus Al-Kosh	7
VG Ansbach / Belarus: Keine Verfolgung bei Wehrdienstentziehung von Zeugen Jehovas	8

Neuerwerbungen der Bibliothek

Impressum



EuGH: Asylverfahrenszuständigkeit bei nachgeborenen Kindern, deren Eltern bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden ist

Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hat mit Urteil vom 1. August 2022 (Rs. C-720/20) entschieden¹, dass der Asylantrag eines nachgeborenen Kindes nicht mit der Begründung als unzulässig abgelehnt werden darf, dass seinen Eltern bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden ist.

In dem Ausgangsverfahren ging es um eine Familie, deren Mitgliedern im Jahr 2012 in Polen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden war. Sie reisten im Dezember 2012 ohne Aufenthaltsgenehmigung nach Deutschland ein und stellten hier einen weiteren Asylantrag. Diesen Asylantrag lehnte das Bundesamt aufgrund der Schutzzuerkennung in Polen gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG als unzulässig ab. Diese Entscheidung wurde rechtskräftig. Ende 2015 wurde in Deutschland ein weiteres Kind, die Klägerin, geboren, für die ebenfalls ein Asylantrag in Deutschland gestellt wurde. Das Bundesamt lehnte auch diesen Antrag mit Hinweis auf die Asylzuständigkeit Polens in entsprechender Anwendung von Art. 20 Abs. 3 der Dublin-III-Verordnung² als unzulässig ab.

Gegen diesen ablehnenden Bescheid erhob die Klägerin Klage vor dem Verwaltungsgericht Cottbus³, welches dem Europäischen Gerichtshof das Verfahren zur Prüfung vorlegte.

Entscheidung des EuGH

Der in der mündlichen Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof von der deutschen, belgischen, italienischen, niederländischen und polnischen Regierung sowie der EU-Kommission vertretenen Rechtsansicht, dass der Mitgliedstaat, der den Eltern Schutz zuerkannt hat, für das Asylverfahren des nachgeborenen Kindes ebenfalls zuständig ist, vermochte sich der Gerichtshof nicht anzuschließen.

Der Europäische Gerichtshof kommt vielmehr zu dem Ergebnis, dass auf den Asylantrag eines nachgeborenen Kindes Art. 9 Dublin-III-Verordnung anwendbar ist. Aufgrund des eindeutigen Wortlauts des Art. 9

Dublin-III-Verordnung gelte dies auch unabhängig von der irregulären Sekundärmigration der Familie. Mit der Argumentation des Generalanwalts, die herausstellt, dass die Vorarbeiten zur Verordnung Nr. 343/2003 deutlich machen, dass mit Art. 9 Dublin-III-Verordnung Fälle geregelt werden sollten, in denen ein Teil der Familie sich als Schutzberechtigte in einem Mitgliedstaat aufhält und ein weiteres Mitglied in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag stellt, somit gerade nicht Fälle der Sekundärmigration von Schutzberechtigten, in denen sich alle Familienmitglieder im selben Mitgliedstaat aufhalten, setzt sich der Gerichtshof leider nicht auseinander.

Mangels Vergleichbarkeit der Regelungssituation könne eine Asylzuständigkeit bei einem nachgeborenen Kind nicht in entsprechender Anwendung von Art. 20 Abs. 3 der Dublin-III-Verordnung begründet werden. Eine entsprechende Anwendung von Art. 20 Abs. 3 Dublin-III-Verordnung auf nachgeborene Kinder hätte nämlich zur Folge, dass eine Überstellungsentscheidung gegen sie ergehen könnte, ohne dass ein Zuständigkeitsverfahren eingeleitet würde. Die in Art. 20 Abs. 3 S. 2 der Dublin-III-Verordnung vorgesehene Befreiung von der Pflicht zur Einleitung eines Zuständigkeitsverfahrens in Bezug auf den Minderjährigen, der nach Ankunft des Antragstellers im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten geboren wird, setze aber voraus, dass der Minderjährige in das in Bezug auf seine Familienangehörigen eingeleitete Verfahren einbezogen werde, und folglich, dass es sich um ein laufendes Verfahren handle, was gerade dann nicht der Fall sei, wenn diesen Familienangehörigen bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz gewährt worden und das Verfahren daher abgeschlossen sei.

Auch komme eine Anwendbarkeit von Art. 33 Abs. 2 Buchst. a) Asylverfahrensrichtlinie beziehungsweise § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nicht in Betracht. Der auf einem in einem anderen Mitgliedstaat bereits gewährten Schutz beruhende Unzulässigkeitsgrund sei nämlich nur dann anwendbar, wenn der Antragstellende selbst bereits internationalen Schutz genieße. Art. 33 Abs. 2 Asylverfahrensrichtlinie habe aufgrund der Aufzählung einen abschließenden Charakter und sei aufgrund des Ausnahmecharakters der in der Aufzählung enthaltenen Unzulässigkeitsgründe eng auszulegen.

Folgen

Im Ergebnis hat diese Rechtsprechung zur Folge, dass der Asylantrag eines nachgeborenen Kindes schutzberechtigter Eltern nicht mehr als unzulässig abgelehnt werden kann, ohne dass vorher ein sogenanntes Dublin-Verfahren nach Art. 9 Dublin-III-Verordnung durchgeführt wird. Voraussetzung für die Zuständigkeit des Mitgliedstaats, der den Eltern bereits Schutz gewährt hat, ist hiernach der (durch die Eltern) schriftlich geäußerte Wunsch des Kindes, dass der Asylantrag in demselben Mitgliedstaat geprüft wird. Äußern die Eltern diesen Wunsch nicht und lässt sich auch anhand

¹ EuGH, Urteil vom 01.08.2022 – C-720/20; in MIO:

<https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/684671/685623/685843/685727/23743980/-/EuGH-2022-01.08.2022%2C-C-720-20%2C-Urteil.pdf?nodeid=23743546&vernum=-2>, abgerufen am 27.09.2022.

² Verordnung (EU) Nr. 604/2013

³ VG Cottbus, Beschluss vom 14.12.2020 (VG 5 K 417/19.A)

der anderen Zuständigkeitskriterien kein anderer Mitgliedstaat als zuständiger Mitgliedstaat bestimmen, ist der erste Mitgliedstaat, in dem der Asylantrag gestellt wurde, für dessen Prüfung zuständig.

Entscheidungspraxis des Bundesamtes

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Entscheidungspraxis entsprechend angepasst und die in der Vergangenheit auch von deutschen Gerichten angewandten Unzulässigkeitsentscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG oder § 29 Abs. 1 Nr. 1 a) AsylG in Verbindung mit der entsprechenden Anwendung von Art. 20 Abs. 3 Dublin-III-Verordnung eingestellt. Es ist nunmehr ein Vorgehen nach Art. 9 Dublin-III-Verordnung etabliert worden. Dies gilt ebenso für rechtsabhängige Gerichtsverfahren, wo eine Überprüfung der getroffenen Unzulässigkeitsentscheidung erfolgt.

Problematik Sekundärmigration

Zur Begründung seiner Entscheidung verweist der Europäische Gerichtshof streng formaljuristisch auf den Wortlaut des Art. 9 Dublin-III-Verordnung und setzt sich nicht mit der Möglichkeit einer norminternen Regelungslücke auseinander, wonach der Unionsgesetzgeber die Problematik der nach Schutzgewährung im Familienverband geborenen Kinder im Kontext der Sekundärmigration übersehen haben könnte. Denn im Ergebnis dürfte die Entscheidung dem Ziel des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und der Dublin-III-Verordnung, irreguläre Sekundärmigration zu vermeiden, zuwiderlaufen.

Katharina Sünkler, 61D und Jochen Thiel, 61A

EMN-Inform: Sekundärmigration von international Schutzberechtigten

Die Sekundärmigration von international Schutzberechtigten wirkt sich auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Umfang auf die EU-Mitgliedstaaten aus, je nach der Anzahl der Personen und den Gründen, aus denen die Personen beschließen, den ersten Mitgliedstaat, der ihnen den Schutzstatus zuerkannt hat, zu verlassen.

Das EMN-Inform⁴ „Sekundärmigration von international Schutzberechtigten“ befasst sich mit der Weiterwanderung von Personen mit internationalem Schutzstatus aus einem ersten in einen zweiten Mitgliedstaat, um dort internationalen Schutz zu beantragen oder um sich aus anderen Gründen, zum Beispiel wegen Beschäftigung oder Studium, legal im zweiten

Mitgliedstaat aufzuhalten. Studien, die sich mit den Lebensbedingungen von international Schutzberechtigten befassen, deuten darauf hin, dass diese Personen stärker motiviert sind, weitere Migrationsmöglichkeiten zu prüfen, wenn ihre Grundbedürfnisse nicht erfüllt sind.

Abwanderungsgründe

Die Gründe für die Abwanderung in andere Mitgliedstaaten sind diesen Studien zufolge unterschiedlich und können unter anderem folgende sein:

- unzureichende Lebensbedingungen,
- verfügbarer Wohnraum,
- das Vorhandensein von ethnischen und familiären Netzwerken in einem anderen Mitgliedstaat,
- mangelnde Möglichkeiten zur Integration und sozialen Teilhabe,
- schwieriger Zugang zu Arbeit und Studium,
- begrenzter Zugang zu Gesundheitsversorgung,
- soziale Sicherheit im Erststaat.

Analyserahmen

Das Inform untersucht zum einen den Übergang der Verantwortung für international Schutzberechtigte vom Erststaat auf einen Zweitstaat und zum anderen die Situation international Schutzberechtigter, die in einem Zweitstaat einen erneuten Antrag auf internationalen Schutz stellen. Die Analyse wurde auf der Grundlage von Beiträgen aus 21 Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission, der Asylagentur der EU (EUAA) und dem Europarat erstellt und am 8. September 2022 veröffentlicht.⁵

Analyseergebnis

In einigen Mitgliedstaaten nimmt das Phänomen der Sekundärmigration von international Schutzberechtigten immer mehr zu. Das EU-Recht regelt nicht die Übertragung der Verantwortung für Personen, die internationalen Schutz genießen.

Auf nationaler Ebene wenden die Mitgliedstaaten unterschiedliche Rechtsgrundlagen an, darunter

- das Europäische Übereinkommen des Europarats über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge (EATRR),
- nationale Rechtsvorschriften und/oder
- bilaterale Abkommen für den Übergang der Verantwortung von Personen mit internationalem Schutzstatus.

Nur sieben der 21 Mitgliedstaaten haben bisher das EATRR ratifiziert. Auch wurden nur von vier Mitgliedstaaten bilaterale Abkommen geschlossen. Einige Mitgliedstaaten berichten zudem über Probleme bei der Kommunikation mit den anderen Ländern.

⁴ Inform (Kurzbericht) des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN): Basierend auf Berichten, Studien und Ad-hoc-Anfragen werden Erkenntnisse zu einem bestimmten Thema zusammengefasst, um Interessierte schnell mit den wesentlichen Fakten zu versorgen.

⁵ Online verfügbar unter: <https://www.emn.at/wp-content/uploads/2022/09/emn-inform-2022-secondary-movements.pdf>

Das größte Problem, mit dem sich einige Mitgliedstaaten konfrontiert sehen, sei das Fehlen einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die Übertragung der Verantwortung von international Schutzberechtigten.

Asylanträge von international Schutzberechtigten, denen bereits von einem anderen Mitgliedstaat (Erststaat) internationaler Schutz gewährt wurde, können als unzulässig betrachtet werden. Die Mitgliedstaaten (d. h. der Zweitstaat) sind daher nicht nach EU-Recht verpflichtet, zu prüfen, ob der Antragsteller die Voraussetzungen für internationalen Schutz erfüllt. Jedoch verbietet dies das EU-Recht auch nicht.

Nur wenige Mitgliedstaaten können valide Daten zu diesem Thema bereitstellen, so dass die Erkenntnisse unvollständig sind. In Belgien, der Tschechischen Republik, Deutschland, Luxemburg, Polen und Schweden, sogenannten Zweitstaaten, wurden die meisten Asylanträge von bereits in anderen EU-Ländern als schutzberechtigt anerkannten Personen von 2018 bis 2020 erfasst. Die Antragsteller hatten vorher bereits einen Antrag oftmals in Griechenland, Italien und Frankreich (Erststaat) gestellt.

Rechtsprechung

In der jüngsten EU-Rechtsprechung hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) klargestellt, dass Anträge von bereits anerkannten Schutzberechtigten nicht als unzulässig angesehen werden dürfen, wenn die Gefahr bestünde, dass der Antragsteller im Erststaat in einer Weise behandelt würde, die mit bestimmten Grundrechten unvereinbar wäre.⁶

Auch nationale Gerichte haben in einigen Verfahren entschieden, dass Anträge von international Schutzberechtigten nicht als unzulässig angesehen werden dürfen. Deutschland und die Niederlande berichten über Entscheidungen von nationalen Gerichten, in denen festgestellt wurde, dass der Antrag nicht als unzulässig abgelehnt werden konnte, weil bei einer ernsthaften Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung nach der Rechtsprechung des EuGH ein Antrag nicht als unzulässig abgelehnt werden könne und, dass daher die Rückführung von Personen mit internationalem Schutz in den Erststaat nicht zulässig wäre, oder entschieden wurde, dass es einer besseren Begründung bedürfe, warum eine Rückkehr in den Erststaat dennoch möglich wäre.

Geplante Neufassung der EU-Richtlinien

Die EU hat schließlich in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen zur Förderung und Erleichterung der EU-internen Mobilität von EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen ergriffen. So enthalten die kürzlich verabschiedeten Richtlinien (z. B. die EU-Blue-Card-Richtlinie) und die kürzlich vorgeschlagenen Richtlinien (z. B. die Neufassung der Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt) spezifische Bestimmungen zur weiteren Erleichterung der Mobilität innerhalb der EU, auch für international Schutzberechtigte.

Nach der vorgeschlagenen Neufassung der Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt erhielten Personen mit internationalem Schutzstatus eine langfristige Aufenthaltsberechtigung in dem Mitgliedstaat, der ihnen internationalen Schutz gewährt, nach drei Jahren rechtmäßigem und ununterbrochenem Aufenthalt. Mit dieser erlangten Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten wäre ein Recht auf erleichterte Mobilität innerhalb der EU verbunden.

Nach Ansicht der Europäischen Kommission wäre die Aussicht, in kürzerer Zeit den Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten zu erlangen, für Schutzbedürftige ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Integration von Personen mit internationalem Schutzstatus.

Vanessa Götzer, 91C

⁶ Vgl. EuGH, vom 13.11.2019, C-540/17 und C-541/17, Beschluss, Hamed & Omar gegen Deutschland, ECLI:EU:C:2019:964, in MIILO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684569/21601538/-/EuGH%2C_vom_13.11.2019%2C_C-540_17_und_C-541_17%2C_Beschluss.pdf?nodeid=21601863&vernum=-2, abgerufen am 27.09.2022.

VG Berlin / Irak: Familienflüchtlingsschutz bei wirksamer Ehe und nichtiger Scheidung

Das Verwaltungsgericht (VG) Berlin entschied in seinem Urteil vom 22. Juli 2022 (VG 5 K 361.17 A)⁷, dass für den Kläger ein Anspruch auf abgeleiteten Schutzstatus von seiner von ihm in Scheidungsabsicht verstoßenen Ehefrau besteht, da die Scheidung der nach islamischem Recht im Herkunftsland geschlossenen Ehe nicht wirksam im Sinne der Rechtslage des Aufenthaltslandes vollzogen wurde.

Dabei stellte das Gericht zunächst grundlegend fest, dass die Anforderungen nach § 26 Abs. 1 Satz 1 AsylG erfüllt sind. Die Ehe mit der international Schutzberechtigten bestand schon im Herkunftsland, der Kläger ist gemeinsam mit seiner Ehefrau, also schon vor deren Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, eingereist und hat seinen Asylantrag unverzüglich nach Einreise gestellt. Die Anerkennung der ehemaligen Partnerin als Flüchtling ist nicht zu widerrufen oder zurückzunehmen. Dabei sei die nach islamischem Recht im Irak geschlossene Ehe als wirksam anzusehen. Die Beurteilung der Wirksamkeit der im Ausland geschlossenen Ehe stützt das Gericht nach den allgemeinen Vorschriften des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)⁸ auf die Formerfordernisse des Herkunftslandes Irak. Den eherechtlichen Bestimmungen im irakischen Personalstatutgesetz⁹ folgend, ist für eine wirksame Ehe nach irakischem Recht nur der Ehevertrag der Eheleute in Anwesenheit von zwei Zeugen vorausgesetzt. Die Registrierung der Ehe wirke hingegen nur deklaratorisch und stelle keine Wirksamkeitsvoraussetzung dar. Demnach wurde nach den für das Gericht glaubhaften und widerspruchsfreien Angaben des Klägers zum Ehezeremoniell und der vorgelegten Eheurkunde die Ehe wirksam geschlossen.¹⁰

Die Ehe bestand zum maßgeblichen Zeitpunkt der Verhandlung auch weiterhin, da sie nicht rechtswirksam geschieden wurde. Die vorgetragene Trennung des Klägers von seiner Ehefrau durch Verstoßung

⁷ Vgl. VG Berlin, Urteil vom 22.07.2022, VG 5 K 361.17 A; in MLO:

https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683529/683547/683640/23529526/-/VG_Berlin%2C_vom_22.07.2022%2C_VG_5_K_361.17_A%2C_Urteil.pdf?nodeid=23723651&vernum=-2, abgerufen am 30.08.2022.

⁸ Vgl. Einführungsgesetz BGB Art. 11, <https://dejure.org/gesetze/EGBGB/11.html>, abgerufen am 30.08.2022.

⁹ Vgl. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften - MPG - unter www.familienrecht-in-nahost.de, Eherechtliche Bestimmungen im irakischen Personalstatutgesetz v. 1959 (PSG) <https://www.familienrecht-in-nahost.de/22948/irak-PSG-Ehe>, abgerufen am 30.08.2022.

Vgl. auch: Bergmann, Alexander: Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht: mit Staatsangehörigkeitsrecht / begründet von Dr. Alexander Bergmann; fortgeführt von Prof. Dr. Dr. h.c. Murad Ferid; herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Henrich, Prof. Dr. Anatole Dutta, Prof. Dr. Hans-Georg Ebert. - Frankfurt (Main) / Berlin: Verlag für Standesamtswesen, [s.l.]. - Loseblattsig.

¹⁰ Vgl. VG Berlin, Urteil vom 22.07.2022, VG 5 K 361.17 A, S. 7 f.

(„talaq“)¹¹ sei nicht anzuerkennen, da sie nicht den Anforderungen des deutschen Rechts genüge. Nach Art. 17 Abs 3 EGBGB¹² kann eine Ehe im Inland nur durch ein Gericht geschieden werden. Eine Beteiligung des Familiengerichts an der vorgetragenen Scheidung sei im vorliegenden Fall nicht gegeben, weshalb die Scheidung im Inland nicht als vollzogen anzusehen ist. Folglich habe der Kläger im maßgeblichen Zeitpunkt als Ehegatte eines anerkannten Flüchtlings nach § 26 AsylG einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft.

Andrea Moser, 62E

VG Gelsenkirchen / Irak: Rechtmäßiger Widerruf für Christen aus Al-Kosh

Mit Urteil vom 3. Juni 2022 (Az.: 13a K 2986/19.A) hat das Verwaltungsgericht (VG) Gelsenkirchen¹³ herausgestellt, dass für einen Widerruf der Flüchtlingseigenschaft aufgrund des Wegfalls der verfolgungsbedingenden Faktoren das Kriterium der hinreichenden Dauerhaftigkeit bei der Veränderung der Umstände erfüllt sein muss.

Im verhandelten Fall wurde die Klage eines irakischen Staatsangehörigen mit chaldäischer Volks- und christlicher Religionszugehörigkeit gegen den Widerruf der Flüchtlingseigenschaft abgewiesen. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass die Gründe, die 2011 zur Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft geführt haben, nämlich die Verfolgung des Klägers aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Gruppe der Christen durch nichtstaatliche Akteure in Al-Kosh in der Provinz Ninive im Irak, dauerhaft weggefallen sind.¹⁴

Nach Feststellung des Gerichtes hat sich die Verfolgungsprognose des Klägers bei Vergleich des Zeitpunkts der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft mit dem nach § 77 Abs. 1 Satz 1 Asylgesetz (AsylG) maßgeblichen Zeitpunkt erheblich und nachhaltig positiv verändert. Zum einen hätten sich die verfolgungsbegründenden Umstände erheblich geändert. Die Gefahr einer Gruppenverfolgung von Christen durch den Islamischen Staat (IS) in der Herkunftsregion des Klägers sei nicht mehr beachtlich wahrscheinlich.

¹¹ Ebd., S. 9.

¹² Vgl. Einführungsgesetz BGB Art. 17 <https://dejure.org/gesetze/EGBGB/17.html>, abgerufen am 30.08.2022.

¹³ VG Gelsenkirchen, Urteil vom 03.06.2022, 13a K 2986/19.A – in MLO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683529/683547/683640/23529526/-/VG_Gelsenkirchen%2C_vom_03.06.2022%2C_13a_K_2986_19.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=23743361&vernum=-2, abgerufen am 27.09.2022.

¹⁴ Ebd., S. 7.

Ebenso drohe dem Kläger in seiner Herkunftsregion Al-Kosh nicht mehr mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine Gruppenverfolgung durch andere Akteure.¹⁵

Zum anderen ist nach Auffassung des Gerichtes die Veränderung der Lage im Subdistrikt Al-Kosh im Irak auch von hinreichender Dauerhaftigkeit geprägt. Dies betrifft zunächst die Frage nach der Verfolgungswahrscheinlichkeit durch den IS. Bei der Frage der Dauerhaftigkeit gemäß § 73 AsylG könne dabei – so das VG Gelsenkirchen¹⁶ – nicht (ausschließlich) auf die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung zur Frage der Gruppenverfolgung von Minderheiten durch den IS im Norden des Iraks verwiesen werden. Diese Rechtsprechung betreffe nicht Widerrufs-, sondern Zuerkennungsentscheidungen und damit einen anderen Prüfungsgegenstand, nämlich die Verfolgungswahrscheinlichkeit im Rahmen der Prüfung des § 3 AsylG. Bei diesen obergerichtlichen Entscheidungen bezüglich § 3 AsylG werde jedoch keine längerfristige Prognose vorgenommen.¹⁷

Für den Nachweis, dass eine Person nicht länger Flüchtling ist, wie er sich aus Art. 14 Abs. 2 der Richtlinie 2011/95/EU ergibt, reicht aber nach Auffassung des VG Gelsenkirchen nicht aus, dass im maßgeblichen Zeitpunkt kurzzeitig keine begründete Furcht vor Verfolgung (mehr) besteht. Die Veränderung der der Flüchtlingsanerkennung zugrunde liegenden Umstände nach Art. 11 Abs. 2 der Richtlinie 2004/83/EG¹⁸ dürfe nicht nur vorübergehender Natur sein. Es müsse – mittels einer Wahrscheinlichkeitsbeurteilung, ähnlich wie bei der Verfolgungsprognose – festgestellt werden, dass die Faktoren, die die Furcht vor Verfolgung begründen und zur Flüchtlingsanerkennung geführt haben, als dauerhaft beseitigt angesehen werden können. Daher sei bei § 73 AsylG zu prüfen, ob sich die Änderung der Umstände im Herkunftsgebiet des Klägers als stabil erweist, folglich der Wegfall der verfolgungsbegründenden Faktoren auf absehbare Zeit anhält.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass dies für den Subdistrikt Al-Kosh zu bejahen sei. Die territoriale Gebietsheerrschaft des IS, der Al-Kosh nie selbst erobert habe, sei im Nordirak seit Dezember 2017 beendet. Dass der IS in seinen früheren irakischen Herrschaftsgebieten wieder erstarken und diesmal auch die Herkunftsregion des Klägers davon betroffen sein könnte, sei nicht beachtlich wahrscheinlich.

Auch was die Verfolgungswahrscheinlichkeit der Christen durch mögliche andere Akteure aus der Bevölkerung betrifft, sei der Wegfall der verfolgungs-

¹⁵ Ebd., S. 7f.

¹⁶ Ebd., S. 10f.

¹⁷ Als Beispiel wird das Urteil des OVG Münster vom 12. Oktober 2021 mit Az. 9 A 549/18.A (das bezüglich der Region Tel Kef erfolgte) aufgeführt. Dort stellt die Prognose lediglich auf die nahe Zukunft ab. OVG Münster, Urteil vom 12.10.2021, 9 A 549/18.A, RN 137.

¹⁸ Diese Richtlinie wurde durch Richtlinie 2011/95/EU ersetzt, wobei der Art. 11 Abs. 2 in beiden Richtlinien wortwörtlich übereinstimmt.

begründenden Faktoren im Subdistrikt Al-Kosh von hinreichender Dauerhaftigkeit geprägt.¹⁹

Laut Gericht sei es unschädlich, dass das Bundesamt seine Ermessensentscheidung, die auf Rechtsgrundlage des § 73 Abs. 2a Satz 5 AsylG i. V. m. § 73 Abs. 1 AsylG erfolgte, auf das Indiz der Rückreise des Klägers stützte. Entscheidend sei, dass sich die maßgebliche Veränderung der verfolgungsbegründenden Umstände aus der Situation im Herkunftsstaat ergebe, während die Umstände der Reise nicht in die Ermessenserwägungen miteingeflossen seien. Somit sei kein unzulässiger Austausch der Widerrufsgründe erfolgt.²⁰

Ralf Hechtel, 62E

VG Ansbach / Belarus: Keine Verfolgung bei Wehrdienstentziehung von Zeugen Jehovas

Mit Urteil vom 11. Mai 2022 (AZ.: AN 10 K 19.30452) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Ansbach²¹, dass bei Wehrdienstentziehung eines Mitglieds der Zeugen Jehovas in Belarus im Falle einer Rückkehr keine flüchtlingsrelevante Verfolgung droht.

Der Antragsteller hatte im Jahr 2000 seinen Wehrdienst in Belarus absolviert und lehnt heute aufgrund seines nach eigenen Angaben im Jahr 2007 vollzogenen Glaubenswechsels zu den Zeugen Jehovas Wehrdienst und Kampf an der Waffe aus religiösen Gründen ab. Aufgrund der Verweigerung einer Teilnahme an einer Militärübung zu der er als Reservist einberufen worden war, sei er mehrmals von der Polizei in Belarus vorgeladen worden. Seine eingereichten Klagen gegen das Militärkommissariat der Stadt und an die Hauptverwaltung des Generalstabs des Verteidigungsministeriums von Belarus seien abgewiesen worden und er befürchte eine strafrechtliche Verfolgung aufgrund von Wehrdienstentziehung in seinem Heimatland.

Das VG Ansbach kam zu der Erkenntnis, dass im konkreten Einzelfall und nach derzeitiger Erkenntnislage nicht davon ausgegangen werden kann, dass bei Rückkehr die Wehrdienstentziehung sowie die Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas eine flüchtlingsrelevante Verfolgung in Belarus nach sich ziehen könnte. Laut Gericht sei zu berücksichtigen, dass jeder Staat ein legitimes Interesse habe, eine Streitkraft zu unterhalten, seine Staatsangehörigen

¹⁹ VG Gelsenkirchen, Urteil vom 03.06.2022, 13a K 2986/19.A, S. 10; S. 12-14. 20 Ebd., S. 14-16.

²¹ VG Ansbach, vom 11.05.2022, AN 10 K 19.30452, Urteil – in MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/684671/686657/686675/686528/23933122/-/VG-Ansbach%2C_vom_11.05.2022%2C_AN_10_K_19.30452%2C_Urteil.pdf?nodeid=23933823&vernum=-2, abgerufen am 27.09.2022.

gen zum Wehrdienst in dieser Streitkraft heranzuziehen und Personen, die sich dem Wehrdienst entziehen, angemessen zu bestrafen.²²

Nach aktueller Auskunftslage bestehe in Belarus zwar eine gesetzliche Wehrpflicht für alle Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, jedoch gäbe es seit 2016 zulässige Gründe für eine Wehrdienstverweigerung, die eine Unvereinbarkeit des Waffentragens mit den religiösen Gefühlen des Wehrpflichtigen berücksichtige und einen Ersatzdienst ermögliche. Dabei sähen die gesetzlichen Regelungen für Reservisten keine Befreiungsmöglichkeit vor, allerdings bestünde die Möglichkeit, für Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen eine Ausnahme bei strafrechtlicher Sanktionierung zu gewähren.²³

Das Gericht stellte klar, dass selbst bei Annahme der Einleitung eines Strafverfahrens, offen bleibe, ob dieses Verfahren tatsächlich mit einer strafrechtlichen Verurteilung des Antragstellers enden würde, die ein unverhältnismäßiges Ausmaß oder einen diskriminierenden Charakter haben könnte. Die Zielrichtung der strafrechtlichen Sanktionierung richtete sich nicht gegen die religiöse oder persönliche Überzeugung des Antragstellers, sondern solle vielmehr den Antragsteller zum Wehrdienst bewegen und sei aus diesem Grund auch nicht politisch motiviert.

Für das VG Ansbach kommt eine Verfolgungshandlung nach § 3a Abs. 1 Nr. 5 AsylG ebenfalls nicht in Betracht. Der Antragsteller habe nicht geltend gemacht, zu befürchten, in kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzt zu werden. Im Übrigen lägen keine Erkenntnisse dazu vor, dass Belarus aktiv in einem Konflikt beteiligt sei, etwa als Kriegspartei in der Ukraine.

Ergänzend führte das Gericht aus, dass der Antragsteller und sein minderjähriger Sohn auch im Falle einer Rückkehr in ihr Heimatland keine Verfolgung wegen ihrer Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas zu befürchten hätten. Unter Zugrundelegung der aktuellen Auskunftslage sei nicht zu erwarten, dass Zeugen Jehovas in Belarus mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine asylerbliche Verfolgung drohe. Zwar werde die gemeinschaftliche Religionsausübung teils durch Verweigerung behördlicher Genehmigungen erschwert. Der Auskunftslage ließe sich jedoch nicht entnehmen, dass Zeugen Jehovas gezielt verfolgt würden. Es fehle, laut Gericht, für die Annahme einer drohenden Verfolgungsgefahr an der zu fordernden asylerblichen Eingriffsintensität und Häufigkeit von Verfolgungshandlungen gegenüber Zeugen Jehovas in Belarus.

Dr. Anke Reiß, 62E

²² Ebd., S. 9.

²³ Vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation Österreich, Weißrussland, Gesamtaktualisierung am 6.7.2020, S. 18f.

Neuerwerbungen der Bibliothek

Evaluation der AnKER-Einrichtungen und der funktionsgleichen Einrichtungen / Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. - Stand: 02/2021. - Nürnberg: BAMF, 2021. - 1 Online-Ressource (205 Seiten)

Frings, Dorothee: Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine ab dem 1. Juni 2022. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 6, Seite 185-232

Goldbach, Nikolaus: Die sozialen Rechte der Flüchtlinge nach Kapitel IV der Genfer Flüchtlingskonvention: überstaatliche Vorgaben und ihre Umsetzung in Deutschland. - Baden-Baden: Nomos, 2022. - 549 Seiten. - ISBN 978-3-8487-8504-9

Gröhe, Bernhard: Die Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten: eine verfassungs- und europarechtliche Untersuchung des § 36a AufenthG. - Berlin: Duncker & Humblot, [2022]. - 273 Seiten. - ISBN 978-3-428-18539-9

Haberstroh, Friederike: Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft. - Stand: 08/2021. - Nürnberg: Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021. - 52 Seiten.

Klaus, Sebastian; Tonn, Stephanie: Für Geflüchtete aus der Ukraine: neue sozialrechtliche Regelungen, alte und neue Herausforderungen in der aufenthaltsrechtlichen Praxis. - 1 Online-Ressource (Seite 227-239). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 42 (2022), Heft 7, Seite 227-239

Klaus, Sebastian: Geschlossene Gesellschaften: Einreisebeschränkungen und andere ausländerrechtliche Maßnahmen infolge der COVID-19-Pandemie. - 1 Online-Ressource (Seite 1-10). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Extra. - (2020), Heft 14, Seite 1-10

Kohlenberger, Judith: Das Fluchtparadox: über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertreibung und Vertriebenen. - Wien: Kremayr & Scheriau, 2022. - 239 Seiten. - ISBN 978-3-218-01345-1

Lincoln, Sarah: Ohne Angst zum Arzt: wie die Meldepflicht in § 87 Aufenthaltsgesetz Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus den Zugang zur Gesundheitsversorgung versperrt. - 1 Online-Ressource (Seite 54-66). - In: Kritische Justiz: Vierteljahrszeitschrift für Recht und Politik. - 55 (2022), Heft 1, Seite 54-66

Lønning, Moa Nyamwathi; Kohli, Ravi K. S.: Memories, mementos, and memorialization of young unaccompanied Afghans navigating within Europe. - 1 Online-Ressource (20 Seiten). - In: Journal of refugee studies. - 35 (2022), Heft 1, Seite 242-261

Nachtigall, Rhea: Chancen-Aufenthaltsrecht - Tatsächliche Chance für Geduldete? - 1 Online-Ressource (Seite 184-186). - In: Zeitschrift für Rechtspolitik: ZRP. - 55 (2022), Heft 6, Seite 184-186

Ohliger, Rainer: Zeitenwende in der Flüchtlings- und Asylpolitik 2022? Handlungsempfehlungen für lernende Systeme. - Mai 2022. - Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung, 2022. - 1 Online-Ressource (24 Seiten)

Pertsch, Anne: Rechtsbehelfe bei Dublin-Familienzusammenführungen: EuGH-Generalanwalt zu den subjektiven Rechten von unbegleiteten Minderjährigen. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 7/8, Seite 242-246

Queer & trans African mobilities: migration, asylum and diaspora. - London; New York; Oxford; New Delhi; Sydney: ZED, 2022. - xi, 247 Seiten: Illustrationen. - ISBN 978-0-7556-3899-4

Raidl, Alexander: Bedeutung des Verlusts des Arbeitsplatzes für Inhaber von Aufenthaltstiteln, die auf die Beschäftigung bei einem Arbeitgeber beschränkt sind. - In: Migralex: Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht. - 20 (2022), Heft 1, Seite 16-24

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds 2021-2027. - In: Gemeinsames Ministerialblatt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministers der Finanzen - 73 (2022), Heft 24/26 vom 20.07.2022, Seite 600-607

Ritgen, Klaus: Aufnahme und Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen aus der Ukraine: die kommunale Perspektive. - 1 Online-Ressource (Seite 238-244). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 42 (2022), Heft 7, Seite 238-244

Scholz, Benjamin; Werdermann, David: Wohnung zweiter Klasse? Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung in Flüchtlingsunterkünften. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 7/8, Seite 235-241

Themenschwerpunkt: Gebühren für die Unterbringung in Sammelunterkünften: Beiträge zur Kostenbeteiligung von Geflüchteten in Bayern, Berlin und Niedersachsen. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 6, Seite 185-232

Uznanski, Julia: Die Vorrangprüfung als Steuerungsinstrument des Arbeitsmigrationsrechts. - Berlin: Duncker & Humblot, [2022]. - 162 Seiten. - ISBN 978-3-428-18401-9

Weber, Johannes: Binnenmobilität von Geflüchteten mit Schutzstatus in Deutschland: eine explorative Analyse auf Basis des Ausländerzentralregisters. - Stand: 03/2022. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022. - 60 Seiten: Diagramme, Karten. - ISBN 978-3-944674-26-1

Weinand, Maximilian: Das Verfahren zur Altersfeststellung bei unbegleiteten jungen Ausländern (§ 42f SGB VIII). - Berlin: Duncker & Humblot, [2022]. - 292 Seiten. - ISBN 978-3-428-18524-5

Welte, Hans-Peter: Zur Frage nach der richtigen Auslegung des Wortes „Aufenthaltserteilnis“ in § 9 Abs. 1 BeschV. - 1 Online-Ressource (Seite 253-254). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAusLR. - (2022), Heft 7-8, Seite 253-254

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

09/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

